



Unrecht, all den Erniedrigungen und Demütigungen, die uns im Laufe der letzten sechs Jahre in überreichlichem Maße zugefügt worden sind, setzen wir selbst die Krone auf, indem wir uns selbst ins Unrecht setzen lassen. Die Frage, um die es letzten Endes in diesem „Streit“ geht — ob der Große, weil er der Stärkere ist, dem Kleinen ungestraft von seinem rechtmäßigen Besitz wegnehmen darf —, wird mit Ja beantwortet. Die Gewalttat erhält die nachträgliche Sanktion des „Obersten Gerichtshofes der Welt“. Wahrlich, ein schlechter Dienst, den wir damit der „internationalen Gerechtigkeit“ erweisen! Aber ein schlechter Dienst auch an unserem Volk, das dadurch an seinem Glauben an eine wirkliche internationale Gerechtigkeit irre gemacht und in seinem Vertrauen zu seinem eigenen Staat in nie wieder gut zu machender Weise erschüttert wird.

## Iswolski's Spiel in Paris 1911—1914.

Von Hermann Lütz.

Alexander Petrowitsch Iswolski hat als russischer Botschafter in Paris bei den dortigen Linkspolitikern einen recht ungünstigen Eindruck hinterlassen. Jaurès war sein großer Gegner und man ging so weit, Iswolski zu beschuldigen, Jaurès' Ermordung angestiftet zu haben (siehe das Augustheft 1923 dieser Zeitschrift). Der Engländer Robert Dell, langjähriger Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“, nannte Iswolski in einem Nachruf der Londoner „Nation“ vom 23. August 1919 einen „Großen Verbrecher“. Der Weltkrieg datierte vom Besuch Poincaré's in St. Petersburg im Jahre 1912; „aber Iswolski war der wirkliche Drahtzieher.“ Unlängst wieder hat mir Dell, der Zeuge von Jaurès' Ermordung war, gesagt, er glaube noch immer, daß Iswolski die Hand dabei im Spiel gehabt habe. Doch sei hier betont, daß schlüssige Beweise für diese Ansicht fehlen.

Nun liegt in deutscher Sprache ein reiches Material in fünf Bänden vor, das es dem Forsther ermöglicht, sich ein gutes Bild von der diplomatischen Tätigkeit Iswolski's und seiner hauptsächlichsten Mitspieler in den Jahren 1911 bis 1914 zu machen.<sup>1)</sup>

Iswolski wurde 1856 geboren. Als unzweifelhaft fähiger Diplomat erlebte er eine schöne Laufbahn. Mit 50 Jahren, im Mai 1906, wurde

<sup>1)</sup> Der diplomatische Schriftwechsel Iswolski's 1911—1914. Aus den Geheimakten der russischen Staatsarchive. Im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes in deutscher Übertragung herausgegeben von Friedrich Stieve. 1. Bd.: Vom Beginn der Botschaftertätigkeit Iswolski's bis zur Beendigung der Marokkokrise. 200 S. — 2. Bd.: Der Tripoliskrieg und der Erste Balkankrieg. 411 S. — 3. Bd.: Der Zweite und der Dritte Balkankrieg. 439 S. — 4. Bd.: Vom Ende der Balkanirren bis zum Mord von Sarajewo. 139 S. — Dazu Ergänzungsband: Iswolski und der Weltkrieg. Auf Grund der neuen Dokumenten-Veröffentlichung des Deutschen Auswärtigen Amtes von Friedrich Stieve. 269 S. Sämtlich bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W. 8.

er zum Außenminister ernannt, um Russland nach dem heftigen Rückschlag, den der Krieg mit Japan gebracht, wieder emporzuführen.

Frühere Mitglieder des russischen diplomatischen Korps haben mir versichert, daß Jswolski ursprünglich nicht feindlich gegen Deutschland gesinnt war. In diese Richtung weist neben anderem, daß er eine Zeitlang den Botschafterposten in Berlin angestrebt hat und jährlich in seiner Tegernsee'er Villa Aufenthalt nahm. Doch schon vor dem Antritt seines Postens als Außenminister begann er eine Schwenkung. Er beriet sich im März 1906 mit den in London, Paris und Rom akkreditierten Botschaftern Russlands, und die Herren gelangten einstimmig zu dem Schluß,

„daß die Außenpolitik Russlands weiterhin auf der unerschütterlichen Grundlage seines Bündnisses mit Frankreich beruhen müsse, daß aber dies Bündnis durch Abkommen mit England und Japan gestärkt werden solle“ (Mémoires de Alexandre Jswolski (unvollendet), Paris 1923, S. 60 ff.).

England reichte dazu entgegenkommend die Hand. Jswolski hatte noch während des japanischen Krieges als Botschafter in Kopenhagen in langen Unterhaltungen mit Eduard VII. Gelegenheit gehabt,

„die Grundlagen des zwischen Russland und England 1907 getroffenen Abkommens zu entwerfen, das einen so großen Einfluß auf den Gang der Ereignisse in Europa gehabt hat“ (Mémoires, S. 24).

Aber während dies Abkommen über Persien und der Besuch Eduards VII. 1908 in Reval einen sehr beträchtlichen Erfolg Jswolski's bedeuteten, erfuhr er bald darauf eine demütigende Niederlage, die das Geschick unseres Weltteiles vielleicht noch mehr beeinflußte, als Russlands Rückkehr zu seinen „europäischen Zielen“ und die Spaltung Europas in zwei waffenstarrende Bündnisgruppen. Zum großen Teil durch eigene Sorglosigkeit verschuldet, zum Teil auch durch den österreichisch-ungarischen Außenminister Ahrenthal „hereingelegt“, ging Jswolski in der bosnischen Krise leer aus. Seine Stellung war erschüttert. Er blieb nur zur Wahrung des Gesichtes noch bis September 1910 auf seinem Posten und hegte, in seiner Eitelkeit tief getroffen, fortan einen unauslöschlichen Haß gegen die Donaumonarchie.

In einem Briefe des Franzosen Ernest Jüdet in der „Humanité“ vom 17. Januar 1924 heißt es, Jswolski habe darauf gebrannt, aus dem rein defensiven franco-russischen Bündnisvertrag eine Angriffsmaschine zu machen. Und Graf Murawiew, früher russischer Botschafter in Rom, habe Jüdet anvertraut:

„Um die heilsame Krise auszulösen, um die europäische Politik zum Bruchpunkt zu führen, ist es wirkungsvoller, in Paris als in St. Petersburg zu arbeiten.“

Wenn Jswolski Ende 1910 mit solchen bestimmten Absichten nach Paris gekommen ist, dann hat er anfangs entschieden eine Enttäuschung erlebt. Jswolski's Gehilfe im Außenministerium, Sasonow, hatte sich als sein Nachfolger in St. Petersburg Deutschland während und nach der Potsdamer Zusammenkunft genähert. Das trug Sasonow den Ruf

eines Deutschenfreundes ein, und es kostete Izwolski erhebliche Mühe, den vielfach in französischen politischen Kreisen geäußerten Mißmut über die russische Extratour in Potsdam zu besänftigen und das ins Wanken geratene Vertrauen zur Stetigkeit der russischen Politik wieder zu festigen. Da er mußte am 5. Februar 1911 über die Entwicklung in der Stimmung der französischen Gesellschaft hinsichtlich der elsässisch-lothringischen Frage berichten:

„Wenn auch der Gedanke an die entrissenen Gebiete nach wie vor die nationale Eigenliebe der Franzosen verletzt, die natürlich eine Gelegenheit, das Verlorene wieder zu erlangen, begrüßen würden, so hat er doch in dem Maße, wie die Erinnerung verblaßt und bei den neuen Generationen der Traum von der Möglichkeit einer „Revanche“ schwindet, einen Teil seiner Kraft eingebüßt“ (Dokument Nr. 14).

Um meisten beunruhigte Izwolski jedoch die innere Politik Frankreichs, die Macht der ihm verhafteten Sozialisten, oder der „Combismus“, wie er es nannte. Ein Lichtblick in dieser, nach Izwolski's Ansicht so schädlichen Entwicklung war immerhin die Ernennung Delcassé's zum Marineminister am 2. März 1911. Denn dessen Einstellung gegen Deutschland war ja bekannt. Delcassé hatte kurz zuvor in der Kammer auf die Notwendigkeit hingewiesen,

„die gegenwärtigen Bündnisse und Verständigungen nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern auch praktisch in Anwendung zu bringen“,

er gab als Marineminister Izwolski sogleich und deutlich zu verstehen, daß er Einfluß auf den unerfahrenen neuen Außenminister Gruppi nehmen werde, und Delcassé erklärte Izwolski, sein Eintritt ins Ministerium bedeute „eine Garantie für die besondere Sorgfalt“, „die man auf die militärische Kraft Frankreichs verwenden werde“ (D. 23, 27, 30).

Das Jahr 1911 wurde im wesentlichen von der Agadirkrise beherrscht. Izwolski sah mit Sorge die Schwierigkeiten voraus, in die sich die französische Regierung mit ihrer Draufgängerpolitik in Marokko begab. Der erfahrene Ex-Außenminister Ribot warnte in der Kammer, die Absichten der Regierung kämen einer Eroberung Marokkos gleich (D. 52, 53). Auch die Spanier nahmen den Standpunkt ein, Frankreich verleße die Verträge (D. 44, 74, 88). Inbezug auf diese Krise enthält „Der diplomatische Schriftwechsel Izwolskis“ neue Dokumente, die unsere Kenntnis wertvoll ergänzen (D. 96, 100, 150, 181), namentlich hinsichtlich der unklaren Haltung Ritterlen-Wächters, des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen, der einmal zu Jules Cambon, dem französischen Botschafter in Berlin, nach dessen Bericht sagte, sie wollten bei ihrer Rückkehr nach Berlin „beide entscheiden, ob Krieg oder Frieden“ (D. 112).

In dieser Krise wirkte der wiederholt recht besorgte Izwolski mäßigend auf die französische Regierung ein, was in scheinbarem Widerspruch zu seinem Ruf als Kriegsheizer steht. Aber der Vortragende Legationsrat im Deutschen Auswärtigen Amt, Dr. Friedrich Stieve, der Herausgeber und Bearbeiter der Akten, hat den Grund für die Friedensliebe Izwolskis überzeugend dargelegt: Russland hatte gar

kein Interesse daran, um Marokkos willen europäische Verwicklungen zu riskieren. Außerdem kannte Jswolski gewiß auch die noch mangelhafte militärische Vorbereitung seines Landes. Denn am 31. August 1911 mußte der russische Generalstabschef seinem französischen Kollegen bekennen, Russland scheine

„vor wenigstens zwei Jahren nicht imstande, gegen Deutschland einen Krieg mit Gewißheit des Erfolges führen zu können“ (D. 117).

Dennoch konnten die aktiv eingestellten Politiker der Entente aus der Agadirkrise mannigfachen Vorteil ziehen. So fand es Jswolski am 20. Dezember 1911

„äußerst bemerkenswert, daß in den verhängnisvollen Sommertagen England, ohne mit Frankreich durch einen formellen Akt gebunden zu sein, bereit war, nicht nur seine ganze Flotte, sondern auch seine ganze Expeditionsarmee gegen Deutschland in Bewegung zu setzen“ (D. 172).

Unter diesem Eindruck, und zum Teil auch hervorgerufen durch Deutschlands brüskes Verfahren, buchte Jswolski wiederholt mit Befriedigung einen neuen „nationalen Aufschwung“ in der öffentlichen Meinung Frankreichs (D. 416, 747, 748), und die russische Regierung ging sogleich daran, sich für ihre diplomatische Unterstützung Frankreichs in Marokko die gleiche Hilfe Frankreichs in bezug auf die russischen Interessen in der Mandschurie zu sichern, sowie Frankreich auf die russische Handelsfreiheit betreffs der M e e r e n g e n festzulegen (D. 132, 154, 182, 184/5). In Paris wlich man aber dieser weitgehenden Forderung aus und man wollte dort über die Versprechungen von 1908 nicht hinausgehen.

Mitte Januar 1912 wurde Raymond Poincaré Ministerpräsident und Minister des Äußern. Nun klingt bald eine andere Tonart aus Jswolski's Berichten. Die starke, zielsichere Persönlichkeit Poincaré's imponiert ihm. Die enger und enger werdende Zusammenarbeit der beiden macht ihnen sichtlich Freude. Die Herren verstehen sich. Von Anfang an betont Poincaré, ganz im Einverständnis mit Jswolski, wie wichtig es für die Entente ist, in allen Fragen gemeinsam vorzugehen; die Entente soll dauernd konsolidiert werden; und Poincaré zeigt sich jedesmal gereizt, wenn Sasonow es gelegentlich unterläßt, die Spaltung der Bündnisgruppen zu betonen (D. 210, 211, 216, 233, 337/8, 345, 354, 388, 390, 440, 545, 646, 1114, 1169). Darin benahm sich Sasonow dann und wann entschieden als besserer Europäer, ebenso wie Sir Edward Grey (D. 423, 440). Insbesondere regte sich Poincaré, in Erinnerung an die Potsdamer Zusammenkunft, über die Begegnung des Zaren mit Kaiser Wilhelm bei Baltischport im Sommer 1912 auf, wobei er namentlich die Befürchtung äußerte, Wilhelm II. möchte eine Friedensvermittlung im Tripoliskrieg ohne die anderen gelingen (D. 312, 320, 326, 345, 358, 363, 366). Das Gebaren Poincaré's war Sasonow zu viel. Er lehnte es am 9. Juni 1912

„entschieden ab, die von den Franzosen bekundete Nervosität zu verstehen... Unsererseits haben wir zu derartigen Befürchtungen keinerlei An-

laß gegeben und halten das von den Franzosen geäußerte Mißtrauen für vollkommen unbegründet und sogar für gefährlich" (D. 322).

Es war begreiflich, daß bei diesen Mißklängen ein Besuch Poincaré's in St. Petersburg sehr nützlich erschien. Sasonow faßte am 17. August 1912 in einem Bericht an den Zaren seinen Gesamteindruck über Poincaré, den „zuverlässigen und treuen Freund“ Russlands, „begabt mit einem nicht gewöhnlichen staatsmännischen Verstand und mit unbeugsamer Willensstärke“, dahin zusammen:

„Im Fall einer Krise in den internationalen Beziehungen wäre es sehr erwünscht, daß an der Spitze der Regierung unserer Bundesgenossen, wenn nicht H. Poincaré selbst, so doch eine Persönlichkeit stände, die die gleiche Entschlossenheit besitzt wie der augenblickliche französische Premierminister, und der ebenso frei wie er von jeder Furcht vor Verantwortung ist“ (D. 401).

Dazwischen gab sich Poincaré auch wieder versöhnlich und friedliebend. Er sagte Tswolski anlässlich der Haldane-Mission im Februar 1912, die französische Regierung könne eine deutsch-englische Entspannung nur begrüßen;

„eher wäre der eventuelle Mißerfolg der Besprechungen zu befürchten, der eine noch größere Verschärfung der englisch-deutschen Beziehungen und damit eine neue Bedrohung des europäischen Friedens zur Folge haben könnte“ (D. 214).

Die Entspannung durfte aber heilebe nicht zu einer Annäherung der feindlichen Vettern führen. Am 5. Dezember 1912 berichtete Tswolski:

„In meinen Unterredungen mit Poincaré und Paléologue konnte ich streng vertraulich erfahren, daß gelegentlich der bekannten Reise Lord Haldanes nach Berlin Deutschland England einen ganz bestimmten Vorschlag gemacht hat, der darauf hinauslief, das Londoner Kabinett solle schriftlich die Verpflichtung eingehen, die Neutralität zu bewahren, wenn Deutschland in einen Krieg hineingezogen würde, der von seiner Seite nicht provoziert worden ist. Das Londoner Kabinett hat H. Poincaré hiervon benachrichtigt und anscheinend gezeigt, diesen Vorschlag anzunehmen oder abzulehnen. H. Poincaré sprach sich aufs Nachdrücklichste gegen eine solche Verpflichtung aus. Er hat der englischen Regierung gegenüber darauf hingewiesen, daß die Unterzeichnung eines solchen Vertrages durch England mit Deutschland den gegenwärtigen französisch-englischen Beziehungen mit einem Schlag ein Ende machen würde, da zwischen Frankreich und England keine schriftliche Vereinbarung allgemein politischen Charakters existiere. Dieser Einwurf hatte den entsprechenden Erfolg: das Londoner Kabinett lehnte den Vorschlag Deutschlands ab, was in Berlin eine lebhafte Unzufriedenheit hervorrief“ (D. 608).

Kurz, ehe Tswolski dies schrieb, war aber in dem bekannten Briefwechsel Grevy-Cambon vom 22./23. November 1912 eine, wenn auch lose politische Abmachung zwischen Frankreich und England getroffen worden, und außerdem bestanden die detaillierten militärischen und maritimen Abkommen zwischen den beiden Ländern, die in ihrer Auswirkung einem Bündnis gleichkamen, sodaß Frankreich im Falle eines Konfliktes mit Deutschland auf die bewaffnete Unterstützung Englands rechnen konnte (D. 20, 401, 429, 508, 608, 747, 1297, 1313, 1327, 1338/9, 1344, 1349).

Am 20. Dezember 1911 hatte Jswolski geschrieben:

„Nach der soeben durchlebten Krise ist die politische Lage Europas noch weniger gefestigt. Es besteht kein Zweifel, daß ein jeder lokale Zusammenstoß zwischen den Mächten unbedingt zu einem allgemeinen europäischen Konflikt führen muß...“ (D. 172).

Damals war schon, als direkte Folge des französischen Protektorates über Marokko, der Tripolikrieg entbrannt (D. 126), der wieder die Entfesselung des ersten Balkankrieges beschleunigte (D. 508). Die Dokumente lassen ein tatkräftiges Zurückhalten des unter russischer Patronanz zusammengeschlossenen Balkanbundes durch Sasonow vermissen, obwohl sich namentlich die Absichten der Bulgaren frühzeitig genug offenbarten (D. 317, 365, 374, 381, 401, 404, 413, 429, 432, 450, 453, 460, 466, 470, 496, 498).<sup>2)</sup> Dagegen zeigte sich Poincaré, der schon den bulgarisch-serbischen Geheimvertrag besorgt als „Kriegsinstrument“ bezeichnet hatte, wesentlich energischer in Maßnahmen, um den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhüten. Doch die überraschenden Siege der Balkanstaaten gaben bei Poincaré-Jswolski bald den Ausschlag nach der kriegerischen Seite. Petersburg und Paris wachten von Anfang an darüber, daß Österreich-Ungarn infolge des Balkankrieges keinen Machtzuwachs erhalten; die Donaumonarchie ging denn auch so weit, diesbezügliche Erklärungen abzugeben (D. 534, 549, 550, 566, 637, 650). In Paris traute man Wien jedoch nicht, und am 4. November 1912 ergriff Poincaré die Initiative, Jswolski brieflich einen Vorschlag zu machen, falls Österreich doch territoriale Vergrößerungen anstreben sollte. Jswolski berichtete am 7. November eingehend darüber nach St. Petersburg:

„Dieser Vorschlag wurde nach Besprechung der Frage im Ministerrat gemacht. Er enthält einen ganz neuen Gesichtspunkt Frankreichs in der Frage territorialer Vergrößerung Österreichs auf Kosten der Balkanhalbinsel. Bisher hat Frankreich uns nur erklärt, daß die lokalen, gewissermaßen rein balkanischen Ereignisse von seiner Seite nur diplomatische Schritte und keinerlei aktive Intervention veranlassen könnten; jetzt scheint es aber einzusehen, daß Gebietseroberungen Österreichs das allgemeine Gleichgewicht Europas und dadurch die eigenen Interessen Frankreichs in Frage ziehen würden. Ich habe nicht verfehlt, H. Poincaré darauf aufmerksam zu machen, daß er durch seinen Vorschlag, gemeinsam mit uns und England die Mittel zur Verhütung derartiger Gebietseroberungen zu prüfen, auch bereits die Frage der praktischen Folgen des von ihm vorgeschlagenen Übereinkommens aufgeworfen habe. Aus seiner Antwort konnte ich schließen, daß er sich vollkommen klar darüber ist, Frankreich könne hierbei in militärische Operationen hineingezogen werden. Vorläufig schlägt er natürlich nur die Prüfung dieser Frage vor, aber H. Paléologue hat in einer Unterredung mit mir offen bekannt, daß die in Aussicht genommene Vereinbarung noch zu sonstigen aktiven Schritten führen könne“ (D. 554).

<sup>2)</sup> Die Ausführungen Dr. Friedrich Stieve's im 4. Kapitel von „Jswolski und der Weltkrieg“ über das damalige Doppelspiel Sasonow's (siehe z. B. D. 513) sind sehr beachtenswert. Dort auch nützliche Hinweise auf die gleichzeitigen russischen militärischen Anordnungen: Mobilmachung gleich Krieg gegen Deutschland!

Dieser Wink war nicht mißzuverstehen. Poincaré kam wiederholt darauf zurück. Es sei Russlands Sache,

„in einer Angelegenheit die Initiative zu ergreifen, bei der es der am meisten interessierte Teil“

sei. Im großen und ganzen laufe alles auf die Erklärung hinaus:

„Wenn Russland in den Krieg geht, wird Frankreich dasselbe tun, weil wir wissen, daß in dieser Sache Deutschland hinter Österreich stehen würde“ (D. 567).

Freilich machte Poincaré am 18. November 1912 eine Einschränkung:

„Es ist selbstverständlich, daß Frankreich in dem bestimmten Falle, durch den der im Bündnis vorgesehene *casus foederis* gegeben ist, losmarschieren wird, d. h. wenn Deutschland Österreich mit Waffengewalt gegen Russland unterstützt“ (D. 569).

Doch welchen Wert diese Einschränkung hatte, wurde durch den Ausbruch des Weltkrieges offenbar: Im Juli 1914 munterten gewisse Machthaber Frankreichs ihre russischen Freunde zur allgemeinen Mobilmachung auf und Frankreich trat in den Krieg, obwohl Russland, indem es als erste Großmacht die Gesamtmobilmachung erließ, damit die klaren Bestimmungen der russisch-französischen Militärkonvention übertrat, worüber man weder in Paris noch in St. Petersburg den geringsten Zweifel haben konnte (vgl. D. 508, 606, 608, 639, 1040).

Grey ließ sich (nach Sasonow) mit Rücksicht auf Indien in den Balkankriegen von der Sorge leiten, „nur ja nicht die Unzufriedenheit der muslimischen Welt auf sich zu laden“ (D. 508). Auch verlangte ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung Englands infolge der Agadirkrise nach einer versöhnlicheren Politik Deutschland gegenüber. Andererseits bestärkten Ende November 1912 Gespräche des russischen Gesandten in Sofia mit Vertretern der „Times“ die Überzeugung in ihm,

„daß in England überaus viele Leute jetzt gerade endgültige Wendungen in Europa estreben, um es zu einem bewaffneten Zusammenstoß der Mächte der Triple-Entente mit Österreich und Deutschland kommen zu lassen, da sie die gegenwärtigen Verhältnisse für günstig für die Vernichtung der deutschen Flotte und des deutschen Handels halten“ (D. 584).<sup>3)</sup>

Von Deutschland selbst ist bekannt, daß es in den Balkankrisen 1912/13 aufrichtig für den Frieden arbeitete (D. 480, 549). Es wäre bei dem überall angehäuften Konfliktstoff für die Mittelmächte ungemein leicht gewesen, damals einen allgemeinen Krieg zu entfesseln.

Während Poincaré-Łswolski-Paleologue im November 1912 in Paris deutlich ihre Kriegsneigung verrieten, stand Sasonow zur gleichen Zeit in Bezug auf das Streben Serbiens nach einem adriatischen Hafen auf dem Standpunkt:

„Man darf den Konflikt nicht bis zur Gefahr eines gesamt-europäischen Konfliktes zuspielen“ (D. 558, 562/3, 596, 617, 622).

<sup>3)</sup> Bisher unveröffentlichtes Dokument, wie die Sammlung über die Balkankrisen überhaupt eine Reihe neuer beachtenswerter Akten aufweist.

Sasonow dachte sogar derart europäisch, daß er Jswolski am 28. November schrieb:

„Wir haben . . . von jeher nicht gelehnt, daß man die österreichischen Interessen ökonomischen und politischen Charakters auf dem Balkan in Rechnung ziehen muß“ (D. 593).

Noch schärfer trat der Gegensatz Petersburg-Paris zwei Wochen später zutage, als man dem französischen Militärattaché in Petersburg sagte, daß man dort die österreichischen militärischen Maßnahmen als defensiv betrachte, und daß Russland selbst für den unwahrscheinlichen Fall eines österreichischen Angriffs auf Serbien nicht Krieg führen werde. Darüber waren Poincaré und das gesamte Kabinett „höchst bestürzt und aufgeregt“, da man in Paris

„von dem kriegerischen Charakter der österreichischen Vorbereitungen überzeugt ist und befürchtet, daß wir (Russen) überrascht werden und der Angriff Deutschlands auf Frankreich erleichtert werde“ (D. 630; siehe auch D. 620).

Die französische Regierung sah, wie Jswolski am 18. Dezember 1912 schrieb, der Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen

„mit vollkommener Ruhe, bewußt und mit der festen Entschlossenheit entgegen, ihre Bündnispflichten zu erfüllen. Alle notwendigen Maßregeln sind von ihr ergriffen worden: die Mobilmachung an der Ostgrenze ist geprüft worden, das Kriegsmaterial liegt bereit u. s. w.“ (D. 639).

Sasonow schickte ein verklautiertes Dementi über die angebliche Absicht St. Petersburgs, einem österreichischen Angriff auf Serbien ruhig zuzusehen (D. 640). Aber gleichzeitig hatte der französische Kriegsminister Millerand mit dem russischen Militärattaché in Paris ein Gespräch, aus dem die Zurückhaltung des Russen und die drängende Ungeduld Millerands darüber klar hervorgeht. Millerand sagte dabei u. a.:

„Wir sind bereit, und das muß in Rechnung gestellt werden.“<sup>4)</sup>

Der Kriegswille der maßgebenden Männer in der französischen Regierung steht damit für den Herbst 1912 dokumentarisch fest.

Auch in der Skutari-Frage erwies sich Poincaré russischer als die Russen (D. 658, 666). Doch schwankte er gelegentlich in seiner Haltung. Denn er mußte, nach seinen eigenen Worten, die „sehr friedliche“ Stimmung in Frankreich immer im Auge behalten. Was Jswolski zu der Betrachtung veranlaßte:

„Um so mehr müssen wir ihm, wie mir scheint, seinen festen Entschluß, in loyalster Form nötigenfalls die Bündnisverpflichtungen zu erfüllen, als Verdienst anrechnen“ (D. 608).

Diese Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Frankreich war dann der Anstoß zu der großzügigen Bestechung der französischen Presse durch russische Kabel, wobei Poincaré und Innenminister Kloß die Ver-

<sup>4)</sup> E. Adamow, Jswestija vom 29. Juli 1924, Nr. 171. — Fr. Stieve, „Jswolski und der Weltkrieg“, S. 118.

teilung der „klingenden Argumente“ überwachten (D. 527, 535, 538, 561, 648, 649, 662, 693, 948, 956, 958). War es doch nach Poincaré

„für die französische Regierung von größter Wichtigkeit, die Möglichkeit zu haben, die französische öffentliche Meinung im voraus auf die Teilnahme an einem Krieg vorzubereiten, der wegen der Balkanfrage ausbrechen könnte“ (D. 705).

Weder in Paris noch in St. Petersburg glaubte man an die Haltbarkeit des Bukarester Vertrags, der so stark zuungunsten der Mittelmächte ausfiel (D. 604, 1010, 1157). Rumänien war vom Dreibund so gut wie abgesprengt. Italien hatte Verträge mit beiden Bündnisgruppen, und man ließ es, von allen Seiten höchst misstrauisch betrachtet, als „totes Gewicht“ bei den Mittelmächten; Frankreich war im Besitz der Geheimchiffre der italienischen Regierung (D. 304, 316, 401, 573/4, 606, 608, 995, 1152, 1197).

In diesen Jahren erinnerten mehrere Ereignisse die russische Regierung an die Bedeutung der Meerengen für Russland. Im Tripoliskrieg erlitt der russische Handel empfindlichen Schaden durch die zeitweilige Sperrung der Meerengen. Dann war in den Balkankriegen Sasonow wiederholt in großer Not, die Bulgaren möchten Konstantinopel erobern (D. 541/2, 544, 546/7, 556, 790/1, 807). Darauf kam die Liman von Sanders-Affäre, in der Frankreich wiederum bereit war, für Russland den Degen zu ziehen, während Deutschland gütlich nachgab (D. 1144, 1169, 1186, 1198, 1212, 1227, Stieve S. 234 ff.).

Zwischen England und Russland bestand inbezug auf die Meerengen ein fundamentaler Unterschied: England wollte ihre Neutralisierung, d. h. die Durchfahrtserlaubnis für alle Kriegsschiffe; Russland wollte diese Erlaubnis auf die russischen, bulgarischen und rumänischen Kriegsschiffe beschränkt wissen, um im Schwarzen Meer unangreifbar zu bleiben. Der Dreibund und Frankreich widerseßten sich den russischen Wünschen nicht (D. 140/1, 155, 551, 589, 1319, 1372). Angeregt durch die französische Blankovollmacht von 1912/13 und in der Erkenntnis, daß der Friede von Bukarest keine Dauer versprach, ging nun die russische Regierung zielbewußt daran, die Besitznahme der Meerengen diplomatisch und militärisch vorzubereiten. Sasonow legte dem Zaren am 8. Dezember 1913 schriftlich dar,

„daß die Meerengenfrage schwerlich anders als auf dem Wege über europäische Verwicklungen einen Schritt vorwärts kommen kann“.

Man dürfe dabei auf Serbien, und vielleicht auch auf Rumänien zählen. In dem Schreiben wurde ferner die Verwirklichung von Serbiens hohem „Ideal der Vereinigung des ganzen Serbenvolkes“ erwähnt, was natürlich den Raub mehrerer Provinzen Österreich-Ungarns bedeutete. Der Zar billigte die betreffenden Beschlüsse (D. 1157; Stieve S. 247 ff.). Zur Durchführung des Programms war aber ein engerer Anschluß Englands an Russland-Frankreich geboten.

Jswolski hatte schon am 20. Dezember 1911 über den von ihm vorausgesehenen allgemeinen Konflikt geschrieben:

„Mit Gottes Hilfe kann der Eintritt dieses Konflikts hinausgeschoben werden, daß er aber jederzeit eintreten kann, müssen wir ständig bedenken und uns ständig hierzu rüsten“ (D. 172).

Das taten alle Großmächte ohne Ausnahme, am ausgiebigsten Russland. Auf die deutsche Wehrvorlage 1913 zog die französische Regierung, als habe sie nur darauf gewartet, das auf die Dauer unerträgliche Gesetz der dreijährigen Militärdienstzeit hervor. Frankreich nahm einen neuen „nationalen Aufschwung“ (D. 747/8, 760, 763). Der friedliebende französische Botschafter in St. Petersburg, Georges Louis, wurde abberufen (D. 158, 159, 174, 177, 216, 218, 233, 242, 254, 285, 296, 305, 338, 345, 371, 401, 515, 734) und durch Delcassé, die „Personifikation des Bündnisses“, ersetzt, wobei ihm eine „militärische Mission“ übertragen wurde. Delcassé sprach als französischer Botschafter „sehr oft und vollkommen offen“ mit Sasonow über die Kriegsziele Frankreichs (D. 734, 762, 776; Stieve S. 267–9).<sup>5)</sup> Paris bot der russischen Regierung 4–500 Millionen Franken jährlich zum Ausbau ihrer strategischen Bahnen an (D. 936, 1030, 1084, 1169, 1217/8, 1223; siehe auch 401). Auch die zur Regierung gelangten Radikalsozialisten schwankten zur Beruhigung Jswolskis ein (D. 1290, 1357). Ferner sollten die Balkanstaaten, an erster Stelle Serbien, finanziert werden, und Bulgarien wurde eifrig umworben.<sup>6)</sup> Und Paris–Petersburg gingen entschlossen daran, Sir Edward Grey einzufangen, was bei dessen voreingenommener und misstrauischer Einstellung gegen Deutschland über Erwarten gelang. Die Ententemächte tauschten alle Abmachungen untereinander aus und man begann Verhandlungen über eine russisch–englische Marinekonvention (D. 1297, 1310, 1327, 1334, 1353, 1371/2). Während Berlin die praktisch zum Abschluß gelangten Kolonialabkommen Deutschlands mit England kurzfristigerweise so hoch einschätzte, daß es in der Julikrise 1914 auf die Neutralität Englands rechnete, kündigte Grey nach seinem Pariser Besuch von Ende April 1914 dem russischen Botschafter in London „den Beginn einer Phase einer noch stärkeren Annäherung an Frankreich“ an. Greys Äußerungen veranlaßten den Grafen Benckendorff, am 18. Mai 1914 nach St. Petersburg zu schreiben:

„Wenn das soeben geschilderte Resultat erzielt sein wird (Marinekonvention), werden wir, glaube ich, die Hauptzwecke erreicht haben, nämlich die bisher allzu theoretischen und friedlichen Grundgedanken der Entente durch etwas Greifbares zu ersehen. . . Ich zweifle, ob sich eine stärkere Garantie für gemeinsame militärische Operationen im Kriegsfalle finden ließe, als der Geist dieser Entente, so wie er sich jetzt zeigt, verstärkt durch die bestehenden militärischen Abmachungen“ (D. 1343).

<sup>5)</sup> Poincaré hat erklärt, Delcassé habe nie einen Auftrag zur Besprechung der Kriegsziele Frankreichs erhalten.

<sup>6)</sup> Die französische Regierung hatte manchesmal Mühe, die Bankinstitute zu bewegen, ihre Gewinnmöglichkeiten den „höheren“ Staatsinteressen unterzuordnen — siehe z. B. D. 63, 203, 1109.

Sechs Wochen darauf blühten in Sarajewo die verhängnisvollen Schüsse auf.

Dies eine kurze Schilderung an Hand der neuen Dokumentensammlung. Einseitig auf die russischen Archive gestützt, muß sie etwas einseitig wirken. Auch ist das Material damit natürlich nicht erschöpft, sondern hier galt es nur, die Hauptlinien zu zeichnen.<sup>7)</sup> Das Ergebnis ist: In dem geschilderten Zeitraum wurde in Paris und Petersburg der Kriegswille lebendig, der sich gegen die Mittelmächte, vor allem gegen Deutschland richtete. Daran hat Tschwolski, der, wie aus den Akten ersichtlich, als sündiger Kopf öfters dirigierende Anregungen an das russische Außenministerium gab, seinen reichlichen Anteil. Nach B. v. Siebert, dem früheren Sekretär an der russischen Botschaft in London, hat Tschwolski aber nie, wie erzählt wird, geäußert: „C'est ma guerre!“ Sondern er hat am Tage, an dem England beschloß, in den Krieg einzutreten, ausgerufen:

„Das ist der stolzeste Tag meines Lebens.“<sup>8)</sup>

## Die Invaliditäts-, Alters- und Hinterlassenenversicherung des Bundes.

Von S. Schneider, Bern.

(Schluß.)

### II. Die Entwicklung des Gedankens und der heutige Stand der gesetzgeberischen Arbeiten.

Es sind heute  $5\frac{1}{2}$  Jahre her, seit eine Expertenkommission für die Einführung der Alters-, Invaliditäts- und Hinterlassenenversicherung, mit welcher die Vorbereitungsarbeiten zur Gesetzgebung anhoben,

<sup>7)</sup> Die Sammlung umfaßt 1374 chronologisch geordnete Dokumente in sorgfältiger deutscher Übertragung. Sie entstammen in der Hauptsache dem von der Sowjet-Regierung herausgegebenen Werke: „Materialien zur Geschichte der französisch-russischen Beziehungen, 1910 bis 1914“, das die Unterlage für das bekannte „Livre Noir“ I und II bot. Beim Zurückgreifen auf die Originale konnten in der deutschen Ausgabe kleine Abweichungen der französischen Ausgabe richtiggestellt werden. Ferner sind in der Sammlung die von der „Humanité“ veröffentlichten Stücke über die Bearbeitung der französischen Presse durch russische Fonds aufgenommen, und ebenso einige wichtige Akten aus B. v. Siebert, „Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre“, Berlin 1921. Die Stieve'sche Sammlung enthält aber über 500 neuer, auch in Russland noch nicht veröffentlichter Dokumente. Für einen hoffentlich bald notwendig werdenden Neudruck des wichtigen Werkes möchte ich die Anbringung von Fußnoten nach dem Muster der Deutschen Diplomatischen Akten und die Beigabe eines Registers wünschen. Allerdings hat der in solchen Dingen weniger Geschulte in dem Sonderbande „Tschwolski und der Weltkrieg“ einen sicheren Führer erhalten, wobei es Dr. Friedrich Stieve verstand, dem Stoffe in lebendiger Darstellung manche neue Seite abzugewinnen.

<sup>8)</sup> Süddeutsche Monatshefte, Januar 1922, Seite 228.